

Zweckentfremdungsverbot umsetzen

Osnabrück. Zur ersten Ratssitzung nach der Sommerpause bringt die Linksfraktion einen weiteren Antrag zur Regulierung des Wohnungsmarkts ein. Nach der Prüfung von sozialen Erhaltungssatzungen in der letzten Ratssitzung geht es nun um die Umsetzung des Zweckentfremdungsverbots in der Stadt Osnabrück. „Wenn auf einem bereits sehr angespannten Wohnungsmarkt es auch noch dazu kommt, dass Wohnraum nicht zum Wohnen genutzt wird, verschärft dies die Situation immer weiter.“, begründet Heidi Reichinnek den Antrag.

Die Zweckentfremdung von Wohnraum kann dabei ganz unterschiedlich sein: vom (spekulativen) Leerstand, zur Nutzung von Wohnraum als Arbeitsfläche, bis hin zur dauerhaften Überlassung an Gäste als Ferienwohnung.

„Auch wenn die Zweckentfremdung in Osnabrück vielleicht noch nicht so ausufernd ist, wie in größeren Städten, so ist es doch dringend erforderlich Instrumente wie diese frühzeitig einzuführen.“, äußert sich Reichinnek weiter.

Das Zweckentfremdungsverbot wurde im Mai 2017 in den Niedersächsischen Landtag eingebracht und sollte bis Ende des Jahres beschlossen werden. Durch die veränderte Situation im Land, kam es nun nicht mehr dazu. „Das ist natürlich sehr bitter, dennoch finden wir es überaus wichtig das Zweckentfremdungsverbot so schnell wie möglich auf den Weg zu bringen – und der zukünftigen Landesregierung sollte ein derart relevantes Instrument für die Kommunen ebenfalls wichtig sein, so dass wir mit einer schnellen Umsetzung rechnen.“, erklärt Reichinnek abschließen.

Alarmierender Rückgang der Belegungsbindungen – DIE LINKE. fragt nach

Osnabrück. Auch in zwei Anfragen an die Verwaltung beschäftigt sich die Linksfraktion im Stadtrat mit der Situation auf dem Wohnungsmarkt. „Wir wollen wissen, wie die Verwaltung die aktuelle Versorgungsquote an sozial gebundenem Wohnraum einschätzt.“, äußert sich Fraktionsvorsitzende Giesela Brandes-Steggewentz dazu.

Eine Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage der CDU-Fraktion vom 30.05.2017 zeigt, dass das Angebot an sozial gebundenem Wohnraum in den nächsten Jahren (noch) dramatischer sinken wird. Von 1.007 im Jahr 2020 bis auf 412 Wohnungen in 2030. „Diese Zahlen sind erschreckend. Es gibt neben Neubau von sozial gebundenem Wohnraum auch die Möglichkeit Belegungsbindungen anzukaufen. Hier möchten wir von der Verwaltung wissen, ob es bereits entsprechende Pläne gibt.“, erklärt Brandes-Steggewentz weiter.

Darüber hinaus stellt DIE LINKE. eine Anfrage zum Sachstand der Stadtentwicklung. „Das Ziel der Stadt ist es ja bis 2020 3.000 neue Wohnungen zu schaffen. Wir erkundigen uns mit dieser Anfrage nach dem aktuellen Sachstand.“, kommentiert Giesela Brandes-Steggewentz die zweite Anfrage der Linksfraktion.

Weiterentwicklung des Neumarkts

Osnabrück. Die Linksfraktion unterstützt einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen im Stadtrat zur Weiterentwicklung des Neumarkts. Es soll ein externes Büro mit einer Machbarkeitsstudie beauftragt werden, die untersucht, ob und wie der Busverkehr am Neumarkt reduziert oder vermieden werden kann. Dabei ist auch der 3. Nahverkehrsplan zu berücksichtigen. „Nachdem motorisierte Individualverkehr, wollen wir nun überlegen, wie wir den Busverkehr am Neumarkt verändern können. Dazu muss in der geforderten Machbarkeitsstudie auch auf die Möglichkeit einer Stadtbahn eingegangen werden – so wie es im 3. Nahverkehrsplan vorliegt.“, kommentiert Giesela Brandes-Steggewentz den Antrag.

Aktuelle Stunde: Stadtklima

Osnabrück. In der heutigen Ratssitzung wird es eine aktuelle Stunde zum Thema Stadtklima geben. Ebenfalls auf der Tagesordnung steht das Stadtklimagutachten 2017 aus dem Fachbereich Umwelt und Klimaschutz. Dieses Gutachten macht deutlich, dass der Klimawandel auch in der Stadt Osnabrück spürbar ist: So hat sich die Jahresdurchschnittstemperatur seit 1950 um 1,5° Celsius erhöht, Tage mit Temperaturen über 35° Celsius haben sich vervierfacht, ebenfalls sogenannte tropische Nächte in denen die Temperatur nicht unter 20° Celsius fällt. „Das sind Auswirkungen des Klimawandels, die die Bevölkerung ganz konkret in ihrem Alltag spürt. Wir unterstützen die Klimaanpassungsstrategie der Verwaltung und werden uns dafür einsetzen, dass das Stadtklima bei zukünftigen Entscheidungen noch stärker miteinbezogen wird.“, äußert sich Fraktionsvorsitzende Brandes-Steggewentz. Weiter: „Die Erkenntnisse aus dem Stadtklimagutachten zeigen, dass wir bei zukünftigen Bebauungsplänen sehr sensibel vorgehen müssen, um eine weitere Versiegelung von Klimaschutzflächen zu verhindern. Wir sollten darauf hinarbeiten, den Flächennutzungsplan derart zu überarbeiten, dass Klimaschutzflächen unmittelbar ersichtlich sind.“

Ein weiteres wichtiges Thema zum Stadtklima ist die Stickoxidbelastung in Osnabrück. „Wir stehen hier als Rat der Stadt Osnabrück in der Verantwortung endlich etwas gegen die Belastung in unserer Stadt zu tun.“, fordert Giesela Brandes-Steggewentz. Die Emission von gesundheitsschädlichen Stickoxiden ist bei Dieselfahrzeugen deutlich höher als bei Benzinern. Durch den Betrug der Automobilindustrie, stehen sowohl die Kommunen als auch die Besitzer*innen von Dieselfahrzeugen nun vor großen Problemen. So drohen Fahrverbote für Diesel-PKW, die unfair gegenüber den Verbraucher*innen sind. „Daher muss schnellstmöglich alles getan werden, damit die betroffenen Fahrzeuge die Grenzwerte auch auf den Straßen einhalten – bloße Softwareupdates werden hier aber keine befriedigenden Ergebnisse erzielen“, äußert sich Brandes-Steggewentz. Weiter: „Wenn sich jedoch keine Besserung der Stickoxidbelastung einstellt, dann muss uns die Gesundheit unserer Bevölkerung mehr Wert sein, als das grenzenlose Befahren des Innenstadtbereichs.“

Sollte es zu Fahrverboten kommen – durch politische Entscheidungen oder gerichtliche Urteile, dann muss die Stadt Osnabrück den Besitzer*innen von Diesel-PKW Mobilitätsalternativen anbieten. „Wir brauchen ein durchdachtes Park&Ride System mit kostenlosem ÖPNV für alle Bürger*innen, um weiterhin eine gute Erreichbarkeit der Innenstadt gewährleisten zu können. Dafür muss auch endlich die Möglichkeit einer Stadtbahn in Osnabrück diskutiert werden. Nur so können wir langfristig eine gute Erreichbarkeit der Innenstadt und ein lebenswertes Stadtklima in Einklang bringen.“, fordert Brandes-Steggewentz.